

Presseinformation

Potsdam, 26. November 2009

Baaske: „Faires und humanitäres Bleiberecht notwendig“

Die Integration von Zugewanderten und ihre Chancen auf Zugang zu Arbeit sollen verbessert werden. Das bis Ende 2009 begrenzte Bleiberecht für Flüchtlinge soll verlängert werden. Das forderte heute Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske in Potsdam auf einer Fachtagung zu Erfahrungen und Problemen der aktuellen Bleiberechtsregelung. Baaske: "Wir müssen ihre Möglichkeiten, in Brandenburg einer regulären Arbeit nachzugehen, deutlich verbessern. Sie sollen nicht am Rand der Gesellschaft stehen." Er dankte ausdrücklich allen, „die sich selbstlos für Flüchtlinge und ihre Familien engagieren“. Dieses Engagement – häufig auch von Ehrenamtlichen in ihrer Freizeit - werde noch viel zu wenig beachtet.

Die Lebenssituation von Asylsuchenden und Flüchtlingen will er dringend verbessern. Insbesondere sei es notwendig, sich stärker um die Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen zu kümmern. Baaske auf der heutigen Tagung der Brandenburger Netzwerke zur Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen BleibNet und NBB: "Brandenburg wird die Residenzpflicht für Asylsuchende erleichtern. Das jetzige Verfahren ist unwürdig. Mit der CDU waren diese Änderungen bisher nicht möglich." Deshalb setze er in dieser Frage „große Hoffnung“ in die neue Koalition.

Baaske: „In den Landtag haben wir einen Antrag eingebracht, dass der Bund die bestehende Bleiberechtsregelung über das Jahresende verlängern soll. Menschen, die vor Verfolgung und Kriegen fliehen mussten, brauchen unsere Solidarität. Die Uhr tickt. Wir brauchen, ganz im Sinne unseres Integrationskonzepts, schnell eine humanitäre Dauerlösung. Nachhaltig, fair und mit realistischen Perspektiven für die Betroffenen.“ Vom Auslaufen der bisherigen Bleiberechtsregeln sind bundesweit 30.000, in Brandenburg knapp 380 Menschen betroffen.

Brandenburg strebt neben Veränderungen in der Residenzpflicht an, den Zugang zu Sprachkursen zu erleichtern und den Arbeitsmarkt zugänglicher zu gestalten. „Die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft ist unser Konzept, deshalb sind wir vor einem Jahr auch der ‚Charta der Vielfalt‘ beigetreten“, so Baaske.

